

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 20/6182 –**

### **Deutschland braucht eine Nationale Sicherheitsstrategie**

#### **A. Problem**

Nach Einschätzung der antragstellenden Fraktion war im März 2023 noch immer nicht absehbar, wann die im Koalitionsvertrag angekündigte Nationale Sicherheitsstrategie finalisiert, vom Kabinett verabschiedet, veröffentlicht und im Deutschen Bundestag und von der Öffentlichkeit diskutiert werden kann. Dieser Befund, so der Antragstext weiter, ist dramatisch, angesichts der Tatsache, dass die Nationale Sicherheitsstrategie das zentrale Steuerungselement zur Umsetzung der beabsichtigten „Zeitenwende“ durch die Bundesregierung sein müsste. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, 1. im Rahmen der Nationalen Sicherheitsstrategie eine Standortbestimmung Deutschlands in Europa und der Welt vorzunehmen, seine Interessen ebenso wie seine Werte als Grundlage für die Politik zu definieren, sowie das Verhältnis zu China, zu Russland und zu anderen Akteuren zu beschreiben, welche die internationale regelbasierte Ordnung infrage stellen; 2. sich in der Nationalen Sicherheitsstrategie zum NATO-2 %-Ziel als Untergrenze notwendiger Verteidigungsausgaben zu bekennen und diese Trendwende auch in der Aufstellung des Bundeshaushaltes abzubilden; 3. eine gesetzliche Grundlage zur Erstellung, Aktualisierung, parlamentarischen Berichtspflicht und Evaluierung der Nationalen Sicherheitsstrategie zu schaffen, die auch eine jährliche parlamentarische Generaldebatte zur Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands beinhaltet; 4. im Bundeskanzleramt einen Nationalen Sicherheitsrat einzurichten, der die außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung koordiniert, in Krisenlagen die operative Steuerung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik übernimmt, strategische Vorausschau leistet, unter Beteiligung der Länder ein umfassendes Lagebild zur inneren und äußeren Sicherheit liefert und die Erstellung, Aktualisierung und Umsetzung der Nationalen Sicherheitsstrategie koordiniert; 5. im Rahmen der Nationalen Sicherheitsstrategie die Dimensionen innerer und äußerer Sicherheit zu verzahnen und dies durch eine engere Einbindung der Länder im Erstellungsprozess zu garantieren; 6. die Nationale Sicherheitsstrategie für Deutschland zeitnah zu beschließen.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Keine.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/6182 abzulehnen.

Berlin, den 14. Juni 2023

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Michael Roth (Heringen)**  
Vorsitzender

**Dr. Nils Schmid**  
Berichtersteller

**Dr. Katja Leikert**  
Berichterstellerin

**Jürgen Trittin**  
Berichtersteller

**Ulrich Lechte**  
Berichtersteller

**Joachim Wundrak**  
Berichtersteller

**Dr. Gregor Gysi**  
Berichtersteller

## Bericht der Abgeordneten Dr. Nils Schmid, Dr. Katja Leikert, Jürgen Trittin, Ulrich Lechte, Joachim Wundrak und Dr. Gregor Gysi

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/6182** in seiner 95. Sitzung am 31. März 2023 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Inneres und Heimat, dem Rechtsausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Einschätzung der antragstellenden Fraktion war im März 2023 noch immer nicht absehbar, wann die im Koalitionsvertrag angekündigte Nationale Sicherheitsstrategie finalisiert, vom Kabinett verabschiedet, veröffentlicht und im Deutschen Bundestag und von der Öffentlichkeit diskutiert werden kann. Dieser Befund, so der Antragstext weiter, ist dramatisch, angesichts der Tatsache, dass die Nationale Sicherheitsstrategie das zentrale Steuerungselement zur Umsetzung der beabsichtigten „Zeitenwende“ durch die Bundesregierung sein müsste. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, 1. im Rahmen der Nationalen Sicherheitsstrategie eine Standortbestimmung Deutschlands in Europa und der Welt vorzunehmen, seine Interessen ebenso wie seine Werte als Grundlage für die Politik zu definieren, sowie das Verhältnis zu China, zu Russland und zu anderen Akteuren zu beschreiben, welche die internationale regelbasierte Ordnung infrage stellen; 2. sich in der Nationalen Sicherheitsstrategie zum NATO-2 %-Ziel als Untergrenze notwendiger Verteidigungsausgaben zu bekennen und diese Trendwende auch in der Aufstellung des Bundeshaushaltes abzubilden; 3. eine gesetzliche Grundlage zur Erstellung, Aktualisierung, parlamentarischen Berichtspflicht und Evaluierung der Nationalen Sicherheitsstrategie zu schaffen, die auch eine jährliche parlamentarische Generaldebatte zur Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands beinhaltet; 4. im Bundeskanzleramt einen Nationalen Sicherheitsrat einzurichten, der die außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung koordiniert, in Krisenlagen die operative Steuerung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik übernimmt, strategische Vorausschau leistet, unter Beteiligung der Länder ein umfassendes Lagebild zur inneren und äußeren Sicherheit liefert und die Erstellung, Aktualisierung und Umsetzung der Nationalen Sicherheitsstrategie koordiniert; 5. im Rahmen der Nationalen Sicherheitsstrategie die Dimensionen innerer und äußerer Sicherheit zu verzahnen und dies durch eine engere Einbindung der Länder im Erstellungsprozess zu garantieren; 6. die Nationale Sicherheitsstrategie für Deutschland zeitnah zu beschließen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6182 in seiner 52. Sitzung am 19. April 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6182 in seiner 51. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6182 in seiner 41. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6182 in seiner 37. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD in Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6182 in seiner 42. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Auswärtige Ausschuss** hat über die Vorlage auf Drucksache 20/6182 in seiner 40. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung.

Berlin, den 14. Juni 2023

**Dr. Nils Schmid**  
Berichtersteller

**Dr. Katja Leikert**  
Berichterstellerin

**Jürgen Trittin**  
Berichtersteller

**Ulrich Lechte**  
Berichtersteller

**Joachim Wundrak**  
Berichtersteller

**Dr. Gregor Gysi**  
Berichtersteller





